



Foto: dpa/Sergei Chirikov

Foto: AFP/Joel Saget



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 30. Januar 2018

73. Jahrgang/Nr. 25

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

In Empörung gehüllt

Haidy Damm über die neuesten Enthüllungen der Autobranche

Wieder reagiert die Autoindustrie in bekannter Manier: Die Vorstände von VW, BMW und Daimler zeigen sich empört über die in den Medien thematisierten Versuche an Affen und Menschen, die beweisen sollten, dass Stickstoffoxide für Menschen nicht gefährlich sind. Die Verantwortlichen sollen nun zur Rechenschaft gezogen werden. Schuld sind also einzelne Beschäftigte. Dabei ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Versuche in den Vorstandsetagen nicht bekannt waren.

Zudem hatte der 2017 aufgelöste Lobbyverein der Autobauer seine Studien gar nicht veröffentlicht. Noch im Februar 2016 – also mitten im Abgasskandal – war der Bericht der »Europäischen Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor« auf der Internetpräsenz zu finden. Hinzu kommt: Schadstoffversuche mit Affen sind kein Einzelfall, sondern »leider gängig – auch in Deutschland«, wie die Organisation »Ärzte gegen Tierversuche« mitteilte.

Gewusst haben will das niemand. Weder Manager noch Politiker. Letztere fordern »Aufklärung«, wie Kanzlerin Angela Merkel, oder zeigen sich »entsetzt«, wie Umweltministerin Barbara Hendricks. Die will am Dienstag in Brüssel die Klage wegen zu hoher Stickoxidwerte in den Städten abwenden – weil gemeinsam mit den Autobauern geeignete Maßnahmen ergriffen worden seien.

Solange diese Kungelei weitergeht, statt den kriminellen und unmoralischen Praktiken ein Ende zu setzen, bleibt alle Empörung reine Worthülse.

UNTEN LINKS

Mit den Haaren verhält es sich wie mit den Ideen: Erst sprießen sie wild und unbändig. Dann lässt man sie stutzen und in Form bringen. Später werden sie dünn und grau. Schlussendlich gehen sie aus. Bei den Soldaten der Bundeswehr hat man das Problem, dass das Endstadium meist noch nicht erreicht ist, während sie ihren Dienst versehen. Deshalb wird dort derzeit in bundesweit 67 Stuben nach der Dienstvorschrift 10/5 mit scharfer Klinge für das rechte Maß gesorgt – also jenes der Haare. Da aber die Unterhaltung der Truppenfriseur jährlich eine halbe Million Euro verschlingt, will das Verteidigungsministerium sie in den nächsten fünf Jahren abschaffen. Die Einhaltung der Dienstvorschrift 10/5 wird demnach in die Freizeit der Soldaten outgesourct und hat künftig auf eigene Kosten zu erfolgen. Für die Ministerin hat dies den Vorteil, dass sie die Verantwortung nicht nur für die Vorgänge in, sondern auch auf den Köpfen ihrer Truppe weit von sich weisen kann. mha

Abgastests am Endverbraucher

Entrüstung über Stickstoffdioxid-Versuche an Menschen im Auftrag von Autokonzernen



Der Stickstoffdioxid-Sommelier spült gern mit einem trockenen Roten nach.

Foto: plainpicture/Stephan Nau

Berlin. »Absurd«, »abscheulich«, »widerlich«: Das Bekanntwerden von Abgasversuchen an Menschen und Affen hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Die von Autokonzernen finanzierten Tests seien »ethisch in keiner Weise zu rechtfertigen«, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag. »Die Empörung vieler Menschen ist absolut verständlich.«

Ende der vergangenen Woche hatten zunächst Berichte über Versuche an Affen in den USA mit den Abgasen eines Volkswagens für Wirbel gesorgt. Es sollte bewiesen werden, dass die Diesel-Schadstoffbelastung dank moderner Abgasreinigung erheblich abgenommen hat. Am Sonntagabend wurde nun bekannt, dass die von Autokonzernen gegründete »Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor« auch Tests mit Menschen förderte. In der Studie wurden an 25 Probanden die Auswirkungen von Stickstoffdioxid untersucht, das unter anderem in Dieselausgasen vorkommt.

Das wissenschaftliche Institut der Uniklinik der RWTH Aachen, an dem die Tests stattfanden, betonte, die Versuche hätten keinen Bezug zum Dieselskandal gehabt. Die Studie sei lange vorher in Auftrag gegeben worden. Grenzwerte seien eingehalten worden. Die

Ethikkommission der Uniklinik habe den Auftrag damals geprüft und genehmigt.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), der auch im Aufsichtsrat von Volkswagen sitzt, nannte die Tests »absurd« und »widerlich«. Es gebe »keine akzeptable Begründung«, derartige Versuche zu Markierungszwecken abzuhalten. VW-Konzernbetriebsratschef Bernd Osterloh forderte kurzfristig personelle Konsequenzen.

Um Konsequenzen aus dem Dieselskandal geht es bei einem Treffen der EU-Kommission mit Regierungsvertretern aus neun Mitgliedsstaaten. Agenturen/nd Seite 2

Um Konsequenzen aus dem Dieselskandal geht es bei einem Treffen der EU-Kommission mit Regierungsvertretern aus neun Mitgliedsstaaten. Agenturen/nd Seite 2

Um Konsequenzen aus dem Dieselskandal geht es bei einem Treffen der EU-Kommission mit Regierungsvertretern aus neun Mitgliedsstaaten. Agenturen/nd Seite 2

Um Konsequenzen aus dem Dieselskandal geht es bei einem Treffen der EU-Kommission mit Regierungsvertretern aus neun Mitgliedsstaaten. Agenturen/nd Seite 2

Ein bisschen mehr Chance

PISA-Studie: Mehr Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern mit soliden Leistungen

Weit mehr sozial benachteiligte Schüler als vor einem Jahrzehnt erreichen in Deutschland laut einer neuen PISA-Studie solide Schulleistungen.

Berlin. Der Anteil von sozial benachteiligten Schülern mit guten Schulleistungen hat sich in Deutschland deutlich erhöht. Im Jahr 2015 erreichte ein Drittel (32,3 Prozent) der Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern ein solides Leistungsniveau im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften, wie eine am Montag vorgestellte Sonderauswertung der PISA-Schulstudie ergab. Im Jahr 2006 hatte der Anteil noch bei einem Viertel (25 Prozent) gelegen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) widmete sich in der von der Vodafone-Stiftung unterstützten Studie den Fragen, wie viele Kinder trotz sozialer Nachteile in der Schule erfolg-

reich sind und wie dies gelingt. Die Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern, die gute Leistungen erreichen, werden als resilient bezeichnet. Als Resilienz wird allgemein die Fähigkeit beschrieben, Krisen zu bewältigen.

Unter den OECD-Ländern konnte Deutschland zusammen mit Portugal den größten Zuwachs beim Anteil resilienter Schüler erreichen. Damit liegt das Land nun in diesem Punkt auch im internationalen Vergleich deutlich über dem Durchschnitt. In den OECD-Ländern belief sich der Anteil der resilienten Schüler im Schnitt nur auf rund 25 Prozent. Unter allen PISA-Teilnehmern hatten Hongkong mit 53 Prozent und Macao mit 52 Prozent die höchsten Quoten. Besonders gering war der Anteil resilienter Schüler dagegen in Indonesien, Brasilien, Mexiko und Rumänien.

Der soziale Hintergrund spielt laut OECD in Deutschland aber nach wie vor eine große Rolle. Die

Chancengerechtigkeit erhöhte sich demnach zwar, liegt aber noch immer unter dem OECD-Durchschnitt. Die Leistungsunterschiede zwischen sozial bessergestellten und sozial benachteiligten

Der soziale Hintergrund spielt laut OECD in Deutschland aber nach wie vor eine große Rolle.

ten Schülern seien weiterhin groß, erklärte die Organisation.

Ob sozial benachteiligte Schüler ein solides Leistungsniveau erreichen, hängt laut den Forschungsergebnissen stark von der sozialen Herkunft der Mitschüler ab. Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern profitieren demnach von gemeinsamen Un-

terricht mit bessergestellten Schülern. Ein weiterer Schlüsselfaktor sei das Schulklima. Eine Voraussetzung dafür wiederum seien stabile Lehrerkollegien mit wenigen Wechseln.

»Ein geordnetes und lernorientiertes Klima im Klassenzimmer hinter dem Schulerfolg bildungsferner Schüler«, erklärte OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher. Positiv können sich laut der Studie Ganztagschulen auswirken, weil sie Aktivitäten jenseits des normalen Unterrichts ermöglichen. Die Forscher stellten zugleich fest, dass die Ausstattung etwa mit Computern oder die Klassengröße eine untergeordnete Rolle spielen.

Sebastian Gallander, Geschäftsführer der Vodafone-Stiftung, rief Union und SPD auf, ihre Ankündigung umzusetzen, die Bildungschancen im Schulterchluss von Bund und Ländern zu verbessern. Agenturen/nd Seite 6

Setzt die Türkei in Syrien Napalm ein?

Anti-Kriegs-Aktivisten protestierten in der Bundespressekonferenz

Berlin. Eine syrisch-kurdische Politikerin hat der türkischen Armee vorgeworfen, den international geächteten Kampfstoff Napalm eingesetzt zu haben. »Die türkische Armee verwendet die verbotene Waffe Napalm in Afrin gegen Zivilisten«, sagte İlham Ehmed, Kovorsitzende des Demokratischen Rates Syriens, der politische Flügel des Militärbündnisses »Syrische Demokratische Kräfte«, am Samstag. Serzad Hisên vom »Informationszentrum des Afrin-Widerstands« wiederholte gegenüber »nd« den Vorwurf. Zwei Mal sei die Brandwaffe eingesetzt worden. Ob Zivilisten dadurch zu Schaden kamen, konnte Hisên jedoch nicht sagen. Die Türkei hat sich zu den Vorwürfen nicht geäußert. Eine unabhängige Überprüfung ist kaum möglich. In Deutschland gehen derweil die Proteste gegen den türkischen Einmarsch weiter. Am Montagmittag kaperten Anti-Kriegs-Aktivisten die regelmäßig in Berlin stattfindende Bundespressekonferenz. Sie zeigten dabei Transparente mit den Aufschriften »Waffenexport stoppen« und »Krieg beginnt hier«. nd Seiten 7 und 8

Stichtagsregelung für SPD-Eintritt

Partei setzt 6. Februar als Frist für GroKo-Abstimmungsurlaubnis

Berlin. Bei der Abstimmung über eine Regierungsbeteiligung setzt die SPD Neumitgliedern den 6. Februar als Stichtag. Wer bis zu diesem Tag um 18 Uhr in die Mitgliederdatenbank eingetragen ist, darf über den bis dahin ausgehandelten Koalitionsvertrag mit abstimmen. Das beschloss der Parteivorstand am Montag in Berlin. »Das ist aus technischen Gründen sinnvoll, um allen eine Teilnahme zu ermöglichen«, erklärte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil. Eine Aufnahme sei selbst innerhalb eines Tages möglich, wenn der zuständige Ortsverein rasch entscheide, sagte er auf eine Nachfrage.

Gegner einer Großen Koalition werben teilweise mit einem kurzfristigen Parteieintritt, um Stimmen gegen die Neuaufgabe des Regierungsbündnisses zu gewinnen. Zuletzt verzeichnete die SPD mehrere tausend Aufnahmeanträge. »Die SPD ist ein spannender Ort«, sagte Klingbeil. »Wir freuen uns darüber, dass viele in die SPD kommen und den Weg hier mit gestalten wollen.« Aktuelle Zahlen nannte er nicht. dpa/nd Seite 5

Der Osten will mit Russland handeln

Regierungschefs der neuen Länder stellen Sanktionen in Frage

Berlin. Die ostdeutschen Regierungschefs stellen die wegen des Ukraine-Konflikts gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen in Frage. »Wir sind ganz klar für den Abbau der Sanktionen«, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Montag nach einem Treffen mit ihren Ost-Kollegen in Berlin. Die Sanktionen hätten sich im Hinblick auf den Konflikt als wirkungsloses Instrument erwiesen, sagte Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU). Sie träfen viele ostdeutsche Unternehmen etwa der Agrar- und Ernährungsbranche, die traditionell gute Kontakte nach Russland pflegten, deutlich härter als Westfirmen.

Die EU-Staaten hatten 2014 mit den Wirtschaftssanktionen auf die Annexion der Krim und Russlands sonstiges Agieren in der Ukraine-Krise reagiert. Zuletzt wurden sie bis Sommer dieses Jahres verlängert. Russland hatte im Gegenzug ein Einfuhrverbot für Lebensmittel verhängt. dpa/nd

